

in der Provinz Guangxi, wo sich im Mai dieses Jahres an Missbrauchspraktiken lokaler Familienplanungsfunktionäre gewalttätige Ausschreitungen entzündet hatten. In mehreren Fällen wurden kommunale Verwaltungsgebäude niedergebrannt und zahlreiche Personen verletzt. Vorangegangen war die Erhebung exzessiver Gebühren für „Über-Plan-Geburten“, die Konfiskation persönlicher Vermögenswerte oder andere Zwangsmaßnahmen lokaler Kader im Zusammenhang mit der Umsetzung staatlicher Familienplanungspolitik. Die Regierung setzte große Kontingente bewaffneter Sicherheitskräfte ein; mindestens zwölf Personen wurden in Gewahrsam genommen. Auch die heimischen Medien hatten über die Proteste berichtet. (C.a., 3/2007:119-121; DGB, 19.6.07, nach BBC PF, 10.7.07; Xinhua, 30.5.07, nach BBC PF, 31.5.07; XNA, 30.5.07; SCMP, 5.6.07; *P'ing Kuo Rih Pao*, 30.5.07, nach BBC PF, 21.5.07; IHT, 30.5.07)

Gesellschaft

Ole Döring und Björn Lindemann

Chinas neuer Gesundheitsminister Chen Zhu – zur Person

Chen Zhu, der am 29. Juni 2007 zu Chinas neuem Gesundheitsminister ernannt wurde (C.a., 3/2007:107), hat mit 54 Jahren bereits eine bewegte Karriere absolviert. Während der Kulturrevolution arbeitete er als einer von 17 Millionen „Jung-Intellektuellen“ für fünf Jahre im Reisanbau in der Provinz Jiangxi. 1975 wurde er

dort Barfußarzt und kehrte 1978 zum Studium nach Shanghai zurück. Die Ernennung Chens, der nicht Mitglied der Kommunistischen Partei Chinas ist, unterstreicht die Entschlossenheit der Führung, Schlüsselposten nach Kriterien der fachlichen Exzellenz zu vergeben.

Chen wurde 1953 in Zhenjiang, Provinz Jiangsu, geboren. Seinen Master erhielt er 1981 in Shanghai. Als Molekulargenetiker und Hämatologe kam er wissenschaftlich schnell voran. Seit 1995 ist er Mitglied der Akademie der Wissenschaften, zu deren Vizepräsident er im Jahr 2000 berufen wurde. Er erhielt zahlreiche Ehrenpreise für seine wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Verdienste, unter anderem den Top Grade Prize des Yangtze Scholar Awarding Program und, als erster Nichtfranzose, den Prix de l'Qise der La Ligue Nationale contre le Cancer. Als erstes Nichtparteimitglied im Kabinett seit den 1970ern war erst zwei Monate zuvor der in Deutschland ausgebildete Wan Gang als Wissenschaftsminister berufen worden. Der bisherige Gesundheitsminister Gao Qiang, der den Posten im Jahr 2005 von Wu Yi übernommen hatte, wird Vizeminister und bleibt Generalsekretär der Partei für das Gesundheitsministerium.

Chen Zhu entwickelte sich nach seiner Rückkehr im Jahr 1989 von Studienaufenthalt in den USA und Frankreich, wo er unter Daniel Cohen in Paris promoviert wurde, zu einem Shootingstar der Lebenswissenschaften. Sein Labor am Ruijin Hospital der Zweiten Medizinischen Universität in Shanghai gehörte zu den ersten, die sich in den 1990ern aus Kooperationsverträgen mit internationalen Pharmafirmen

finanzierten. Damals stellte GlaxoSmithKline die technischen Geräte. Unter anderem durch die Teilnahme Chinas am internationalen Humangenomprojekt (HGP) expandierte Chens Labor daraufhin stark. Sein nunmehr staatlich gefördertes Nationales Südchinesisches Genomforschungszentrum in Pudong lieferte zusammen mit einem Beijinger Partnerinstitut die chinesischen Beiträge zur Entschlüsselung des Humangenoms.

Chen ist einer der führenden Hämatologen Chinas und genießt höchste Anerkennung in internationalen Fachkreisen. Schon 1997 wies Chen auf die erheblichen gesellschaftlichen und ethischen Implikationen der Lebenswissenschaften hin. Seine Tätigkeit in der Führung der mächtigen Wissenschaftsakademie gilt als effizient und erfolgreich. Chen tritt als bescheidener, kluger und umgänglicher Mann mit Humor und weltläufiger Bildung auf. Seine Vorträge sind wissenschaftlich fundiert, politisch jedoch hat er sich stets sehr vorsichtig verhalten. In der hitzigen Bioethikdebatte zum Eugenik-Gesetz von 1998 hat er sich im Unterschied z.B. zu seinem Studienkollegen und Beijinger Kollegen Yang Huanming nicht exponiert. Beide stehen auch für gegensätzliche wissenschaftspolitische Ansätze. Während Yang die Strategie des Allgemeinguts der Erkenntnisse aus dem HGP erfolgreich unterstützte, favorisierte Chen die kommerziell ausgerichtete Strategie des US-Amerikaners Craig Venter. Chen steht dem ideologischen Betrieb skeptisch gegenüber, der Chinas Bioethik noch mit prägt. Er legt Wert auf die Trennung naturwissenschaftlicher und ethischer Kompetenzen, zeigt sich jedoch für Kooperatio-

nen grundsätzlich aufgeschlossen.

In seinem neuen Amt erwarten Chen gewaltige Herausforderungen, wie die Eindämmung epidemischer Krankheiten wie HIV-AIDS oder Vogelgrippe und die Erneuerung des Gesundheitssystems. Nachdem das Gesundheitsministerium im Jahr 2005 offiziell das Scheitern der bisherigen Reformen eingestanden hat, steht der Aufbau eines allgemeinen Gesundheitswesens oben auf der Prioritätenliste. Das Gesundheitswesen leidet in besonders dramatischer Weise an den Folgen der radikalen Einführung marktwirtschaftlicher Verhältnisse seit 1979. Insbesondere die Landbevölkerung ist nahezu gar nicht gesundheitsversichert. Die medizinische Versorgung ist in vielen Bereichen katastrophal. Nach aktuellen Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) kommen in Deutschland auf 1.000 Einwohner 3,37 Ärzte, in China nur 1,06. Dort werden 86,5% aller privaten Gesundheitskosten aus eigener Tasche bezahlt, in Deutschland sind es 57,5%. Die Sterblichkeit bei Neugeborenen liegt in Deutschland bei 3, in China bei 18 pro 100 Lebendgeburten. Die Lebenserwartung beträgt hier 76 (Männer) bzw. 82 (Frauen) Jahre, dort sind es 71 bzw. 74 Jahre. In Deutschland verliert man statistisch 5 Lebensjahre aufgrund von übertragbaren Krankheiten, in China 23.

China zeigt sich entschlossen, im Interesse des sozialen Friedens den Spannungen zwischen dem Bedarf einer allgemeinen Gesundheitsversorgung und erheblichen Problemen beim Zugang und bei der Qualitätssicherung entgegenzutreten. Hierzu werden kommunale Krankenversicherungen auf dem Lande eingeführt. Ei-

ne Schlüsselposition nimmt die Standardisierung und Regulierung des Arzneimittelmarktes ein. Mit der Hinrichtung des ersten Leiters der damit betrauten Staatlichen Aufsichtsbehörde (SFDA), Zheng Xiaoyu, am 10. Juli 2007 wegen Bestechung durch acht Pharmafirmen und gesetzwidrige Lizenzierung von deren Produkten will Chinas Führung ihre Entschlossenheit dokumentieren (s. Dokumentation oben).

Die Berufung Chen Zhus und Wan Gangs kann als Signal für die Weiterführung des pragmatischen und technokratischen Kurses verstanden werden, dem die chinesische Gesundheitspolitik seit der SARS-Krise im Jahr 2003 und besonders die Regierung unter Hu Jintao und Wen Jiabao folgen. Zu Chens ersten Amtshandlungen gehörte ein Besuch bei den Opfern der Flutwasserkatastrophe in Anhui. Dort wies er auf erste Erfolge bei der Verbesserung lokaler Gesundheitsinfrastrukturen hin, die den Ausbruch größerer Epidemien verhindert hätten, nachdem der Huai-Fluss über die Ufer getreten war. Die medizinische Versorgung, die Qualität des Trinkwassers und der Ernährung der Landbevölkerung hätten sich deutlich verbessert. Chen versprach die sukzessive Erweiterung des ländlichen kooperativen Gesundheitssystems, dessen Kosten überwiegend von der Zentralregierung aufgebracht werden. (BR, 28.6.07; Breithaupt, H., „China's leap forward in biotechnology“, in: *EMBO report*, vol.4, no.2, 2003:111-113; Xinhua, 29.6., 1.7.07; *Who's Who, Current Chinese Leaders*, Wen Wei Publishing Company, Ltd. 2003-2005, www.chinavita.com/biography/Chen_Zhu/career, 3.7.07) (Ole Döring)

Skandal um Sklavenarbeit

Die Aufdeckung von Kinder- und Sklavenarbeit in chinesischen Kohlegruben und Ziegeleien Anfang Juni 2007 hat starke Kritik an den zuständigen lokalen Verwaltungsbehörden, aber auch an der Zentralregierung hervorgerufen. In den Provinzen Shanxi und Henan wurden in den vergangenen Jahren Hunderte Personen entführt und zur Sklavenarbeit gezwungen. Ermöglicht wurde dies durch Korruption und Fehlverhalten von lokalen Politikern. Der Skandal verdeutlicht einerseits die Schattenseiten des Wirtschaftswachstums in China und lässt immer mehr Zweifel an der von Beijing propagierten harmonischen Gesellschaft aufkommen. Andererseits beeinflusste der Skandal auch die Verabschiedung des neuen Arbeitsgesetzes in China.

Aufgedeckt wurde der Skandal durch einen Brief von 400 Vätern in Shanxi und Henan, die zur Hilfe für die Suche nach ihren vermissten Kindern aufriefen. In dem im Internet veröffentlichten Brief äußerten sie die Vermutung, dass ihre Kinder entführt worden seien, um in Ziegeleien zu arbeiten. Gleichzeitig beschuldigten sie die Behörden, dieses Problem zu ignorieren und die Besitzer der Ziegeleien zu schützen.

Offiziellen Berichten zufolge sind rund 1.000 Kinder, Migranten und geistig Behinderte entführt und als Sklavenarbeiter verkauft worden. Ohne Bezahlung und nur mit einem Minimum an Essen und Schlaf wurden diese zur Arbeit in den Kohlegruben und Ziegeleien gezwungen. Arbeiter, die flüchten wollten, erlitten Verletzungen durch Schläge oder Verbrennungen durch

heiße Ziegel.

Die Regierung in Beijing veranlasste offiziell die Zerschlagung der Sklavenarbeit. Insgesamt wurden rund 45.000 Polizisten zur Kontrolle von über 8.000 Kohlegruben und Ziegeleien in Shanxi und Henan mobilisiert und befreiten 591 Menschen, 51 davon waren Kinder. Weiterhin wurden 13 Arbeitsagenturen in Xi'an geschlossen, die Arbeiter als Sklaven vermittelt hatten. Die Regierung in Shanxi sprach von 55 Personen, gegen die aufgrund von Sklavenarbeit ermittelt werde und von denen 35 bereits gefasst worden seien.

Der Gouverneur der Provinz Shanxi, Yu Youjun, entschuldigte sich öffentlich für den Skandal. Yu gab zu, dass dieser durch das Fehlverhalten von Behörden ermöglicht wurde. Das fehlende Handeln und die fehlende Kontrolle von Offiziellen sei für die Existenz der Sklavenarbeit verantwortlich.

Der Skandal rief starke Kritik sowohl an dem Verhalten der Provinzregierung als auch der Regierung in Beijing hervor. Die Provinzregierung habe erst auf den Skandal reagiert, nachdem sie Anweisungen aus Beijing erhalten habe. Die weit verbreitete Korruption, Vernachlässigungen von Pflichten durch Regierungsvertreter und die Verflechtungen von Wirtschaft und Politik zeigten die negativen Seiten der chinesischen Wirtschaftsentwicklung. Unsichere Arbeitsbedingungen, nicht gezahlte Löhne und Kinderarbeit seien in China an der Tagesordnung. Die Angelegenheit verdeutliche auch, dass Beijing immer mehr Kontrolle in den ländlichen Gegenden verliere.

Nach einer Reihe von Skandalen in den letzten Monaten erscheint die Propa-

gierung einer harmonischen Gesellschaft durch Präsident Hu Jintao und Premierminister Wen Jiabao immer anfälliger für Kritik. Viele der Skandale traten in den Provinzen auf, die mit Politikern aus der Hu Jintao nahestehenden Fraktion des Kommunistischen Jugendverbands und potenziellen Führungspersönlichkeiten der fünften Generation besetzt wurden.

Beijing hatte bereits im Jahr 2003 ein computergesteuertes Warnsystem eingerichtet, um unerwartete Unruhen, Aufstände oder Unfälle frühzeitig aufzudecken. Der Skandal um die Sklavenarbeit kam jedoch erst ans Licht, nachdem der Brief der 400 Väter im Internet veröffentlicht wurde. Beijing wies die chinesischen Medien an, für die Regierung oder die Partei schädliche Informationen nicht zu veröffentlichen. Stattdessen versucht die Regierung den Eindruck zu vermitteln, die Angelegenheit ernst zu nehmen und die Zerschlagung der Sklavenarbeit konsequent voranzutreiben. Den betroffenen Familien wurden Entschädigungen gezahlt. Schon bei Skandalen in der Vergangenheit entstand der Eindruck, dass eine kleine Gruppe von Offiziellen auf lokaler Ebene für Probleme oder Skandale verantwortlich gemacht wird, während sich die Regierung in Beijing im besten Licht präsentiert.

Der Skandal um die Sklavenarbeit und die Diskussion über die Arbeitsbedingungen von Arbeitern und Migranten wirkten sich auch auf die Ausarbeitung des neuen Arbeitsgesetzes aus. Das Gesetz, das den Schutz von Arbeitnehmern verbessern soll, wurde am 29. Juni vom Volkskongress verabschiedet und enthält vor allem Regelungen zur Erstellung von Arbeitsverträgen.

So verlangt das Gesetz die Erstellung von schriftlichen Verträgen durch den Arbeitgeber, beschränkt die Beschäftigung von Zeitarbeitern, erschwert die Kündigung von Arbeitnehmern und eröffnet teilweise die Möglichkeit von Vertragsverhandlungen. Bedingt durch den Skandal wurde dem Gesetz ein Absatz hinzugefügt, der die Tolerierung von Arbeitsrechtsverletzungen durch Offizielle unter Strafe stellt.

Vorausgegangen waren öffentliche Diskussionen über die Ausgestaltung des Gesetzes. Ausländische Firmen und Investoren kritisierten, dass die darin enthaltenen Maßnahmen zu einer Erhöhung der Lohnkosten und zur Abwanderung von Investoren führen könnten. Weiterhin befürchteten sie Wettbewerbsnachteile durch mangelhafte Umsetzung des Arbeitsgesetzes durch chinesische Firmen.

Die Aufdeckung der chinesischen Arbeitsbedingungen durch die streng kontrollierten staatlichen Medien nur wenige Wochen vor der Abstimmung des Arbeitsgesetzes trug somit dazu bei, die Notwendigkeit der Maßnahmen zu verdeutlichen. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung scheint mit Bedacht gewählt und begünstigte vor allem diejenigen, die einen stärkeren Schutz von Arbeitnehmern in dem Gesetz durchsetzen wollten. (FT, 2.7.07; IHT, 30.6.07; WSJ, 17.6.07; SCMP, 20., 21., 23., 25., 30.6.07; ST, 28.6.07; *China Brief*, 27.7.07; XNA, 18.6., 27.6., 2.7.07) (Björn Lindemann)

Zweigleisige Ein-Kind-Politik

Die chinesische Regierung befürchtet einen neuen Bevölkerungsanstieg durch eine zu hohe Geburtenrate und versucht, das Bevölkerungswachstum auf einem niedrigen Le-

vel zu stabilisieren. Die Staatliche Kommission für Familienplanung nennt drei Gründe für diese Befürchtungen. Erstens sei die Umsetzung der Ein-Kind-Politik bei der großen Anzahl von rund 200 Mio. Migranten in China nicht zu kontrollieren. Zweitens würden Neureiche und Prominente die Einhaltung der Ein-Kind-Politik nicht beachten oder Strafen bereitwillig zahlen (C.a., 3/2007:119-121). Drittens existiert in China eine Regelung, die es Familien erlaubt, zwei Kinder zu bekommen, wenn beide Elternteile Einzelkinder sind. In den letzten Wochen hatte es mehrere Vorfälle gegeben die die Regierung zur verstärkten Kontrolle der Ein-Kind-Politik veranlassen.

In Guangzhou berichteten die staatlichen Medien Anfang Juli, dass Paaren, die selbst Einzelkinder sind, die Geburt von zwei Kindern erlaubt sei. Mit dieser Lockerung reagiert man auf die Überalterung der Bevölkerung. In Guangzhou leben derzeit rund eine Million Menschen im Alter von über 60 Jahren, für die allerdings nur 40.000 Plätze in Pflegeheimen bereit stehen. Bis zum Jahr 2035 wird die Zahl der über 60-Jährigen in Guangzhou auf schätzungsweise rund 2,3 Mio. Menschen steigen. Am 10. Juli bestätigte ein Sprecher der Staatlichen Kommission für Familienplanung, dass diese Regelung für alle Provinzen, Autonomen Regionen und Regierungsunmittelbaren Städte in China mit Ausnahme der Provinz Henan gelte. Henan ist mit rund 97 Mio. Einwohnern die bevölkerungsreichste Provinz Chinas.

Ebenfalls Anfang Juli berichtete Xinhua über Verstöße gegen die Ein-Kind-Politik durch 1.968 staatliche Beamte in

der Provinz Hunan in den Jahren von 2000 bis 2005. Unter den Funktionären seien auch 21 Angehörige von Volkskongressen auf nationaler und lokaler Ebene. Die Beschränkung auf ein Kind gilt in China besonders für Staatsbeamte. Die Verstöße gegen die Ein-Kind-Politik seien teilweise bei Ermittlungen wegen Korruption aufgedeckt worden und beinhalten auch die Annahme von Bestechungsgeldern.

Die Provinzregierung plant nun eine Verschärfung der Strafen für unerlaubte Geburten. Der Ständige Ausschuss des Volkskongresses der Provinz Hunan diskutiert ein Gesetz, das die Strafen auf das Zwei- bis Sechsfache des letzten Jahreseinkommens erhöhen würde. Derzeit liegt die Höhe der Strafe bei dem zweifachen Jahresgehalt für das erste unerlaubte Kind und bei dem dreifachen Jahresgehalt für jedes weitere Kind.

Probleme bei der Umsetzung der Ein-Kind-Politik sind auch im Kreis Bobai in der Provinz Guangxi zu beobachten. Nach Angaben der Bewohner Bobais haben die meisten Familien dort zwischen zwei und vier Kindern. Die Strafe bei Verstößen gegen die Ein-Kind-Politik wurden im Januar von wenigen Hundert CNY auf 30.000 CNY (ca. 2.800 EUR) erhöht. Eine Bezahlung ist jedoch für die Bewohner Bobais, deren durchschnittliches Jahreseinkommen bei rund 1.000 CNY (ca. 95 EUR) liegt, in der Regel jedoch nicht möglich. Die Erhöhung der Strafen und das harte Vorgehen von lokalen Beamten gegen die Bevölkerung hat eine Reihe von Aufständen in Bobai hervorgerufen. Im Mai war es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Regierung gekommen (C.a., 3/3007:119-

121).

Während in den Städten also die Ein-Kind-Politik teilweise gelockert wird, um einer Überalterung der Gesellschaft entgegenzuwirken, kämpft die chinesische Regierung in den ländlichen Gebieten mit der Umsetzung der Ein-Kind-Politik. Fehlende Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten führen zu einer Missachtung der Vorschriften durch die Bevölkerung. China versucht deshalb, die Vergehen gegen die Ein-Kind-Politik härter zu verfolgen und so einen Anstieg der Bevölkerungszahl zu vermeiden.

Die Ein-Kind-Politik wurde in den frühen 1970er Jahren in China eingeführt und soll bislang rund 400 Mio. Geburten verhindert haben. China besitzt rund 20% der Weltbevölkerung, aber nur 7% der Landmasse. Der Wunsch vieler Chinesen nach männlichen Nachkommen hat dabei zu einem Ungleichgewicht zwischen Jungen und Mädchen geführt. So stehen heute 100 Mädchen 118 Jungen gegenüber. Beijing hält an seinem Ziel, das Bevölkerungswachstum zu stabilisieren, fest. Nach offiziellen Angaben soll die Bevölkerungszahl von derzeit 1,3 Mrd. auf 1,45 Mrd. Menschen im Jahr 2020 ansteigen. Der Höhepunkt soll im Jahr 2033 mit 1,5 Mrd. Menschen erreicht werden. (ST, 31.5., 4., 6., 7.6.07; XNA, 8., 10., 11., 25.7.07; WSJ, 8.7.07) (Björn Lindemann)